

Über die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts nachdenken

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

seit meiner letzten Haushaltsrede im Dezember 2014 hat sich unsere angespannte finanzielle Situation nicht wesentlich verändert. Daher muss der bis zum 2026 angestrebte Haushaltsausgleich weiterhin im Mittelpunkt unseres kommunalpolitischen Handelns stehen. Denn wenn wir auch zukünftig haushaltspolitisch handlungsfähig bleiben wollen, muss uns dieses Vorhaben unbedingt gelingen.

In vielen Sitzungen des Sparworkshops haben wir uns daher gemeinsam darüber Gedanken gemacht, wie dieses Ziel zu erreichen sei. Unter Mithilfe der Gemeindeprüfungsanstalt wurde über umfangreiche Sparmaßnahmen und Einnahmeverbesserungen diskutiert. Diese werden dem Bürger weh tun, und daher nicht überall auf Verständnis stoßen. Aber dennoch müssen wir heute den Bock umstoßen, und den Mut aufbringen diese Maßnahmen zu beschließen.

Denn das lange vorherrschende Prinzip wasch mir den Pelz aber mach mich nicht nass muss endlich ein Ende haben. Daher möchte ich für diese Beschlüsse, die nach unserer Auffassung ohne Alternative sind, um Verständnis werben.

Und auf noch etwas möchte ich in diesem Zusammenhang unmissverständlich hinweisen. Die heute zu beschließenden Sparmaßnahmen sind nicht nur auf die momentane Flüchtlingssituation zurückzuführen. Diese verschärfen unsere finanzielle Situation zwar zusätzlich, aber unser Haushalt war auch vorher schon auf Kannte genäht.

Auch wenn ich jetzt vielleicht ebenfalls als Gutmensch bezeichnet werde, möchte ich in dieser Angelegenheit dennoch einige Anmerkungen machen.

Es ist unsere Christenpflicht all denen die unter Lebensgefahr ihre Heimat verlassen müssen ein neues Zuhause zu bieten. Denn hier handelt es sich nicht, wie bei Facebook immer wieder zu lesen ist, um Wohlstandssuchende, sondern um vertriebene, hilfeschuchende Menschen.

Aber trotz dieser Tatsache ist hier eines kritisch anzumerken. Als unsere Bundeskanzlerin sagte „ wir schaffen das“, hätte sie ehrlicher Weise sagen sollen, „ihr schafft das“. Denn wir fühlen uns von Land und Bund in dieser Angelegenheit verdammt alleine gelassen. Dieses gilt für die mangelnde finanzielle Unterstützung und für die nicht vorhersehbaren Überweisungszahlen gleichermaßen. Denn gerade diese Zahlen sind es, die uns vor immer größere Probleme stellen. Und diese sind in absehbarer Zeit nicht mehr zu lösen.

Aufgrund des zunehmenden öffentlichen Drucks, scheint man in Berlin und Düsseldorf nun endlich aufzuwachen. Aber in diesem Jahr hilft uns das nicht weiter.

Dieses wird deutlich, wenn wir uns einmal den entsprechenden Haushaltsansatz anschauen.

In diesem sind für die Flüchtlingshilfe in diesem Jahr 4,6 Mio. € veranschlagt worden.

Es ist aber davon auszugehen, dass die tatsächlichen Kosten für die sich zurzeit in Plettenberg befindlichen 570 Flüchtlingen um einiges höher liegen.

Und niemand kann vorhersehen, wie sich diese Zahlen weiter entwickeln.

Die entsprechende Landeszuweisung für dieses Jahr beträgt gerade einmal 3,2 Mio. €.

Dieses bedeutet für die Stadtkasse ein Minus von mindestens 1,4 Mio. €.

Würden sich im Bereich nicht so viele ehrenamtliche Helfer engagieren, wären diese Kosten noch deutlich höher und von der Stadt nicht mehr zu stemmen.

Daher können wir diesen zahlreichen Helfern nicht dankbar genug sein.

Erst im kommenden Jahr soll dann eine auskömmliche Pauschale gezahlt werden.

Es bleibt abzuwarten, ob hier Wort gehalten wird.

Bevor ich nun zu den wesentlichen Punkten meiner diesjährigen Haushaltsrede komme, möchte ich noch einmal kurz auf die wichtigsten Haushaltszahlen eingehen. Denn nur durch diese werden unsere Probleme wirklich deutlich.

Durch umfangreiche Sparmaßnahmen kann der zu erwartende Jahresverlust auf rd. 6.035 Mio. € begrenzt werden. Damit liegen wir nur knapp unter der erlaubten Auszehrungsquote von 5 % unseres Eigenkapitals. Die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes kann damit so gerade noch verhindert werden.

Drei Positionen sind in diesem Zusammenhang besonders bemerkenswert. Denn diese tragen wesentlich zur negativen Entwicklung des Ergebnishaushaltes bei.

Zum einen belaufen sich die Personalkosten trotz aller Sparbemühungen immer noch auf rd. 17,9 Mio. €. Hier müssen wir in den kommenden Jahren dringend zu weiteren Einsparungen kommen. Allerdings müssen wir in diesem sensiblen Bereich mit dem notwendigen Fingerspitzengefühl vorgehen. Daher werden sich hier nennenswerte Einsparungen kurzfristig nicht verwirklichen lassen.

Die größte Belastung aber sind mit 40,6 Mio. € die sogenannten Transferaufwendungen. Diese sind inzwischen mehr als doppelt so hoch wie die Personalaufwendungen. Hinter diesen Leistungen verbergen sich unter anderen die zu entrichtenden Umlagen, wie z.B. die Kreis und Gewerbesteuerumlage. Da diese Aufwendungen gesetzlich vorgeschrieben sind, können diese nicht durch uns beeinflusst werden. Um in diesem Bereich zu einer längst überfälligen Entlastung für die Kommunen zu kommen, müssen die hierfür zuständigen Gesetzgeber endlich handeln. Ansonsten werden wir finanziell Ausbluten.

Bei der Gewerbesteuer ist folgendes Anzumerken: Der Haushaltsansatz von 26,7 Mio. € im Jahr 2015 wurde mit einer Einnahme von ca. 22,9 Mio. € deutlich unterschritten. Diese Mindereinnahme von 3,8 Mio. € macht sich im Ergebnishaushalt ebenfalls negativ bemerkbar. Ob daher die für 2016 veranschlagten Steuereinnahmen von 24 Mio. € tatsächlich erreicht werden, ist zumindest fraglich.

Allerdings ist nach der neuesten Steuerschätzung bei dem uns zustehenden Einkommens und Umsatzsteueranteil eine Mehreinnahme von 500.000 € zu erwarten. Durch diese zusätzliche Einnahme kann die von vorneherein als unrealistisch anzusehende weitere Anhebung des Gewerbesteueransatzes entfallen. Gleichzeitig kommen vom Kreis Signale, dass bei der Kreisumlage 300 000 € weniger zu zahlen sind. Eine zusätzliche Gewinnausschüttung, des AquaMagis bedeutet ebenfalls eine Mehreinnahme von 250 000 €.

Diese drei Positionen reichen aber bei weiten nicht aus, um den Haushalt auszugleichen. Daher wurde in der letzten Sitzung des Haupt und Finanzausschusses mehrheitlich beschlossen die Eigenkapitalverzinsung bei den Entwässerungsgebühren anzuheben. Die Erhöhung dieser Verzinsung um 1% von bisher 5,5 auf nun 6,5% bedeutet eine Mehreinnahme von 182 000 €. Dennoch werden die Kanalbenutzungsgebühren sinken. Da über diese Maßnahme bereits ausführlich diskutiert wurde, möchte ich mich zurzeit mit diesen Punkt nicht noch einmal näher beschäftigen.

Lassen sie mich nun auf die wichtigsten Punkte unserer diesjährigen Haushaltsplanberatung eingehen.

Anstalt öffentlichen Rechts

Um langfristig zu gesicherten Einsparungen zu kommen müssen wir unbedingt neue Wege beschreiten. Daher sollte über die Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts nachgedacht werden.

Hier betreten wir absolutes Neuland. Daher sollte nach Auffassung der SPD Fraktion in diesem Jahr zunächst ein entsprechender Prüfauftrag erteilt werden.

Die Kosten die für ein dazu notwendiges Gutachten anfallen, sollten von den Stadtwerken übernommen werden. Sobald dieses Gutachten vorliegt, müssen Überlegungen angestellt werden, ob es finanziell sinnvoll ist, sich mit dieser Angelegenheit weiter zu beschäftigen.

2. Investitionen

Für vorgesehene Investitionen waren ursprünglich für den Bereich des Tiefbaus 10,3 Mio. € in den Haushalt eingestellt.

Um die für diese Maßnahmen notwendigen Kreditaufnahmen zu begrenzen, musste es hier zu einer deutlichen Kostensenkung kommen. Daher haben wir uns die in den Haushalt eingestellten Investitionsmaßnahmen sehr genau angeschaut. Dabei kamen wir zu folgenden Ergebnissen:

Sanierung Sportplatz Böddinghausen

Der Handlungsbedarf diesen Sportplatz zu sanieren ist unabweisbar.

Darüber hinaus wurde diese Maßnahme bereits einmal verschoben.

Daher stimmen wir den in den Haushalt eingestellten Mitteln in Höhe von 360 000 € zu.

Ausbau Im Wieden

Für diese sicherlich notwendigen Ausbaumaßnahme sind im Haushalt 460 000 € bereitgestellt. Darüber hinaus ist für das Haushaltsjahr 2017 eine Verpflichtungsermächtigung von 300 000 € vorgesehen. Daher betragen die Gesamtkosten für diese Maßnahme 760 000 €. Da es sich hier um den Ausbau eines Parkplatzes handelt, sind Städtebaufördermittel nicht zu erwarten.

Sollte der Wieden allerdings nicht als reiner Parkplatz ausgebaut werden, sondern zumindest in den Randbereichen umgestaltet werden, sind Zuschüsse durchaus möglich. Da aber im Haushalt für die Errichtung einer Parkpalette auf dem Parkplatz an der Brachtstraße ebenfalls 380 000 € eingestellt sind, kamen wir zu folgenden Beschluss:

Es erscheint uns nicht machbar beide Parkplätze gleichzeitig zu sperren.

Dieses wäre aber durch die notwendigen, sich überschneidenden Bauarbeiten, unumgänglich.

Daher sprechen wir uns dafür aus, zunächst einmal die Parkpalette zu errichten.

Durch diese würden ca. 45 neue Stellplätze entstehen.

Erst danach sollte im Jahr 2017 der Wieden grundlegend saniert werden.

Dieses hätte zur Folge, dass in den Haushalt nur die Planungskosten für die Neugestaltung dieses Platzes eingestellt werden müssten.

Der Rest sollte allerdings in Form einer Verpflichtungsermächtigung im Haushalt verbleiben.

Aufwertung der Innenstadt

Für die Umgestaltung der Innenstadt sind im Haushalt 30 000 € eingeplant.

Weitere 360 000 € sind für das Jahr 2017 vorgesehen.

Dieser Mittelbereitstellung stimmen wir zu.

Aber trotz dieser Zustimmung möchte ich zu diesem Punkt noch einige Anmerkungen machen.

Die unbedingt notwendige Aufwertung der Innenstadt darf keinem Selbstzweck dienen.

Dieses gilt für Politik, Verwaltung und Einzelhändler gleichermaßen.

Denn dieser Bereich gehört allen Plettenbergern und diese sollen sich hier wohlfühlen.

Daher sollten wir gemeinsam überlegen wie unsere Innenstadt zukünftig gestaltet werden soll.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal betonen, dass wir hier nur einen Schuss im Lauf haben, und dieser muss unbedingt sitzen. Denn es wäre schade um das viele Geld, wenn am Ende der Sanierung alles wesentliche noch so aussehen würde wie vorher.

Sanierung Parkplatz Oestersportplatz

Dieser Baumaßnahme haben wir bisher ablehnend gegen über gestanden. Objektiv betrachtet müssen wir allerdings jetzt feststellen, dass der Zustand dieses Parkplatzes unter den noch andauernden Straßenbaumaßnahmen weiter gelitten hat. Daher macht der vorgesehene Ausbau nun Sinn. Ob dann allerdings für diesen gleich 340 000 € ausgegeben werden müssen, sollte noch einmal überprüft werden. Hier erwarten wir eine deutlich günstigere Lösung. Daher muss noch einmal mit den am Straßenausbau beteiligten Firmen, als mit Verursacher dieser Schäden, über eine Kostenbeteiligung verhandelt werden. Über das Ergebnis dieser Gespräche sollte dann der Bau und Liegenschaftsausschuss zeitnah informiert werden. Erst danach sollten weitere Überlegungen angestellt werden. Den im Haushalt veranschlagten Ausbaukosten von 340 000 € werden wir auf keinen Fall zustimmen.

Straßenausbau

Für die unterschiedlichsten Straßenausbaumaßnahmen sind ebenfalls erhebliche Mittel in den Haushalt eingestellt. Da nicht alle Baumaßnahmen schon in diesem Jahr durchgeführt werden müssen, erscheint uns diese Summe deutlich zu hoch. Daher muss es auch hier zu Einsparungen kommen.

Um diese zu erreichen, hatten wir die Verwaltung beauftragt, bis zur Sitzung des Bau- und Liegenschaftsausschusses am 26.11.2015 eine Prioritätenliste zu erstellen. Diese nun vorliegende Liste macht deutlich, dass nicht alle Straßen unbedingt im Jahr 2016 ausgebaut werden müssen. Daher wird eine ganze Reihe von Maßnahmen in das nächste Jahr verschoben. Der Neubau von Kanälen ist davon nicht betroffen.

Radweg nach Landemert

Bei den für diese Radwegeverbindung vorgesehenen 540 000 € entfallen rd. 219 000 € auf die Stadt.

Durch verschiedene Beschlüsse in den Fachausschüssen haben wir dieser Wegeverbindung bereits zugestimmt.

Regionale

Die im Haushalt aufgeführten Projekte der Regionale führen zu einer deutlichen Aufwertung unserer Stadt.

Daher sprechen wir uns für eine Fortsetzung dieser Maßnahmen aus.

Investitionen Feuerwehr

Feuer und Rettungswache.

Aufgrund fehlender Stellflächen können bei dieser die geltenden Arbeitsschutzbestimmungen nicht eingehalten werden. Daher ist eine Erweiterung der Wache unbedingt notwendig. Für diese sind im diesjährigen Haushalt 300 000 € eingeplant. Weitere 200 000 € sind im Rahmen einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2017 vorgesehen.

Hier kamen wir zu folgendem Beratungsergebnis.

Der Realisierung des 1. Bauabschnitts stimmen wir zu. Für diesen sind 200 000 € vorgesehen.

Nach der Fertigstellung dieser Halle können dann die geltenden Schutzbestimmungen eingehalten werden.

Bei dem vorgesehenen 2. Bauabschnitt sehen wir allerdings noch Klärungsbedarf. Hier wollen wir vor einer endgültigen Beschlussfassung zunächst einmal das angestrebte Organisationsgutachten über die zukünftige Ausrichtung der Feuerwehr abwarten. Die für dieses Gutachten entstehenden Kosten sind in den Haushalt bereits eingestellt. In diesem muss dann unter anderem festgestellt werden, ob wir in Plettenberg unbedingt eine eigene Atemschutzwerkstatt benötigen. Oder ob diese Aufgabe nicht zukünftig vom Kreis erledigt werden kann. Wenn diese Informationen vorliegen, werden wir uns mit dieser Angelegenheit weiter beschäftigen.

Dieses gilt auch für die vorgesehene Sanierung der ehemaligen Kreisschirrmeisterei. Für diese sind 480 000 € in den Haushalt eingestellt. Auch hier muss das Gutachten nachweisen, ob dieses Gebäude überhaupt noch benötigt wird.

Der Anschaffung eines neuen TLF 1625 für den Löschzug Holthausen in Höhe von 250 000 € stimmen wir zu. Denn bei diesem Fahrzeug handelt es sich um eine unbedingt notwendige Ersatzbeschaffung. Dem notwendigen Kauf von zwei neuen Fahrzeugen für den Rettungsdienst und dem Krankentransport stimmen wir ebenfalls zu. Denn die dafür vorgesehenen 260 000 € werden über Gebühreneinnahmen refinanziert.

Veranstaltungen

Der Sparworkshop hat in seiner Sitzung am 19.09.15 empfohlen, die Veranstaltung Seniorenspaß plus Sicherheit nur noch alle 2 Jahre (im Wechsel mit der Veranstaltung „Wir sind Plettenberg“) durchzuführen. Da für 2016 noch keine Verträge abgeschlossen wurden, werden wir dem Vorschlag, den nächsten Seniorenspaß erst wieder im Jahr 2017 stattfinden zu lassen folgen. Auch der Tanztee für unsere älteren Mitbürger wird von bisher 10 auf 7 Veranstaltungen gekürzt werden. Der Sinn dieser Beschlüsse ist, trotz aller Sparzwänge die Qualität dieser Veranstaltungen beizubehalten. Dadurch kann der Haushaltsansatz von bisher 11 650 € um 9 550 € auf nun 2 100 € gesenkt werden.

Die Veranstaltungen Plettenberger Woche und den Kultursommer, sollten auf Vorschlag der Verwaltung aus finanziellen Gründen ebenfalls nur noch im Wechsel alle zwei Jahre durchgeführt werden. Dadurch würden jährlich ca. 23 000 € im Haushalt eingespart werden. Ursprünglich hatte sich die SPD Fraktion diesem Vorschlag angeschlossen.

In der letzten Sitzung des Schul- und Kulturausschusses konnten wir uns mit diesem allerdings nicht durchsetzen. Dieses haben wir zu akzeptieren, daher bleibt es bei der bisherigen Regelung. Aber dennoch ist eines anzumerken. Der für diese Veranstaltungen bleiben die zur Verfügung stehenden Mittel erheblich gekürzt. Daher bleibt abzuwarten, ob die bisherige Qualität dennoch erhalten bleibt. Nach den Veranstaltungen in diesem Jahr wird man dieses beurteilen können.

Kürzung von freiwilligen Leistungen im Sozialbereich

Da diese Leistungen bereits um 25 Prozent gekürzt wurden, dürfen diese, trotz aller Sparzwänge, nicht noch einmal zusammengestrichen werden. Denn eine weitere Kürzung hätte deutliche

negative Auswirkungen auf alle im Sozialbereich tätigen Vereine und Einrichtungen. Sollten diese ihre Arbeit nicht mehr in gewohnter Weise durchführen können, wäre diese von der Stadt zu übernehmen. Und dieses würde deutlich teurer.

Gebühren für die Benutzung von Sportstätten

Nach der Änderung der Sportförderungsrichtlinien steht der Einführung einer solchen Gebühr grundsätzlich nichts mehr im Wege. Und wenn ich ehrlich bleiben will, kann ich diese für die Zukunft auch nicht gänzlich ausschließen. Aber zum gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es zumindest bei der SPD Fraktion keine Überlegungen eine solche Benutzungsgebühr einzuführen. Sollte sich dieses ändern, werden wir vor einer endgültigen Meinungsbildung zunächst einmal das Gespräch mit den betroffenen Vereinen führen.

Zustimmung zum Haushalt

Zwar ist der Haushalt des Jahres 2016 im Gegensatz zu dem des Jahres 2015 nicht mit drastischen Steuererhöhungen verbunden. Aber dennoch beinhaltet auch dieser erheblichen Sparmaßnahmen.

Um den unbedingt notwendigen Haushaltsausgleich herbeizuführen sind diese Maßnahmen allerdings ohne Alternative.

Daher stimmt die SPD Fraktion dem Haushalt mit seinen von den Ausschüssen beschlossenen Änderungen sowie der beigefügten Haushaltssatzung zu.

Ihnen Herr Bürgermeister, und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung möchte ich für die gute Zusammenarbeit danken. Auch ihnen meine Damen und Herren des Rates spreche ich für die gute Zusammenarbeit meinen Dank aus.

Verspätete Weihnachtsgeschenke kann ich in diesem Jahr leider nicht verteilen.

Vielmehr muss ich der Plettenberger Bevölkerung mitteilen, dass sie in diesem Jahr eine Reihe von Mehrbelastungen zu tragen haben.

In der Hoffnung, dass sie aus den von mir genannten Gründen dafür Verständnis haben, wünsche ich allen Plettenbergern, wenn auch verspätet, ein frohes und Gesundes Jahr

Wolfgang Schrader für die SPD-Fraktion im Rat